

meinde eine Anlage betreiben. Ebenso müssen Daten auch über Gemeindegrenzen hinweg austauschbar sein, so daß für die Gebietsrechenzentren auch eine gewisse Einheitlichkeit und Herstellerunabhängigkeit erzielt werden muß.

Diese Neuorganisation greift in die Rechte der Gebietskörperschaften ein und muß auch im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform gesehen werden. Aus diesem Grunde wird man die Neuorganisation der Datenverarbeitung in NRW mit einem Datenorganisationsgesetz verbinden müssen, ähnlich wie es in Hessen bereits geschehen ist. Ebenso machen die neuen Dimensionen des Informationssystems ein Datenschutzgesetz notwendig, das die Daten des Bürgers gegen mißbräuchliche Verwendung schützt; auch hier gibt es bereits Vorbilder.

Die Konzentration der Datenverarbeitung braucht das Übergewicht der Exekutive gegenüber der Legislative nicht zu verstärken, wenn der Zugang des Parlaments zu den Daten gesetzlich gesichert wird und hierfür die personellen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Hier ist eine klare gesetzliche Regelung sicher wichtiger als die Parität in einem Beirat, da dieser kaum mehr als die Funktion eines Aufsichtsrats haben kann.

FDP: Keine Schwächung des Landtags

Dem Stichwort „EDV“ ist im NRW-Programm 75 ein mehrseitiger Abschnitt gewidmet worden. Nachdem die Landesregierung, der Haushalts- und Finanz- sowie der Innenausschuß des Landtags die Organisationsvorstellungen des Innenministeriums im Grundsatz gebilligt haben, wird nun die Durchführung dieses Konzepts vorzubereiten sein. Dabei ist zu berücksichtigen, wie die Allgemeinzugänglichkeit der Daten gesichert wird.

Lediglich wenn allen staatlichen Organen, einschließlich der Legislative die gleiche Möglichkeit der Abrufbarkeit von Daten gegeben ist, kann ein Informationsvorsprung der Exekutive und eine weitere Schwächung der Stellung des Parlaments vermieden werden. Deshalb müßte der Stimmenanteil im Beirat „für grundsätzliche Fragen der Datenverarbeitung im Bereich der Verwaltung“ so geregelt sein, daß der parlamentarische Einfluß gesichert ist.

Allein die Einführung der EDV kann noch keine Verwaltungsreform sein. Deshalb müssen funktionale Verwaltungsreform und die Einführung der EDV in der Verwaltung Hand in Hand gehen.

Das Thema „Zentrale Landesverwaltung durch EDV“ wird im Sonderausschuß des Landtags für Parlamentsreform zu behandeln sein, da es hierbei um eine grundsätzliche Gestaltungsfrage der Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems geht.

Porträt

„Jeder Parlamentarier sollte sich nur auf ein Gebiet konzentrieren, um erfolgreich arbeiten zu können.“ Im Landtag trifft diese Maxime genau auf den Abgeordneten zu, von dem sie auch stammt: Ernst Bessel (64), seit fast 17 Jahren Mitglied des Hohen Hauses, in das er zuerst 1954 nach Erringung des SPD-Direktmandats in Essen-West einzog, das er seitdem bei jeder Landtagswahl mit steigendem Erfolg – 1970 mit rund 60 Prozent der Stimmen – erneut gewonnen hat. Damals wurde er auch Mitglied im Verkehrsausschuß, dessen Vorsitzender er seit 1962 ist.

Die Frage an Ernst Bessel, warum er sich „auf Verkehr spezialisiert“ habe, löst eine Geschichte aus: Der „geborene Sozialdemokrat“ – 1920 trat der 14 jährige Lehrling in die spätere „Sozialistische Arbeiterjugend“ und in den Vorläufer der heutigen IG Metall, den Deutschen Metallarbeiterverband, sowie 1924 in die SPD ein – erzählt sie selbst. Unter dem Druck der „Nazis“ entließ Krupp 1933 den Dreher, der dann den Führerschein als Busfahrer machte und jahrelang für ein Essener Reiseunternehmen Urlaub in den Schwarzwald fuhr, eine Tätigkeit, die dann zur Dienstverpflichtung samt Bus und zu Einsatzfahrten am Westwall führte.

Damals sei bei ihm bereits das Interesse an Verkehrsfragen geweckt worden, erinnert sich Bessel heute. Man nimmt das einem Mann ab, dessen persönliche Bescheidenheit jede beabsichtigte Effekthascherei ausschließt. Auch Ehrgeiz ist für den heutigen Werkmeister und Betriebsratsvorsitzenden der AEG-Kanis GmbH in Essen ein Fremdwort: Als Bessel, zwölf Jahre lang auch SPD-Ratsherr der Stadt Essen und von 1966 bis 1970 stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, vor einigen Monaten an Stelle des neuen Kultusministers Jürgen Girsensohn diese Position noch einmal übernehmen sollte, verzichtete er. „Man soll mit 64 Jahren jüngeren Leuten das Feld überlassen“, meint das heute drittälteste Parlamentsmitglied in Düsseldorf.

Wahrscheinlich möchte Bessel, der auch dem Hauptausschuß angehört, auf eine Aufgabe im Landtag noch nicht verzichten: den Vorsitz im Verkehrsausschuß. Wer hier nach den Gründen suchen, hier seine Tätigkeit testen will, hat wenig Mühe, stößt laufend auf Bessel-Initiativen. Solche Verknüpfungen mit seinem Namen mag er nicht. Er läßt nur gelten: „Eine ganze Reihe von Ideen im Verkehrsausschuß des Landtags haben in den vergange-



Ernst Bessel (SPD),
Vorsitzender des Verkehrsausschusses

nen Jahren dank der Bereitwilligkeit aller Fraktionen eine breite Basis gefunden und konnten daher durchgesetzt werden – wenn auch mit Verzögerung.“

Man muß sich hier mit einigen Aufzählungen begnügen: Der Verkehrsausschuß gab 1955 den Anstoß dazu, daß die Gemeinden von Bund und Land laufend zusätzliche Mittel erhielten, um Ortsdurchfahrten auszubauen und damit Engpässe im Gesamtverkehr zu beseitigen. Hier wurde 1958 der entscheidende Antrag formuliert, der die Schaffung eines kreuzungsfreien Schnell-Nahverkehrssystems im Revier, bestehend aus S- und U-Bahnen, einleitete. Auch der Ausbau von Lohausen und Wahn zu Flughäfen von internationaler Bedeutung gehörte zu den besonderen Anliegen des Verkehrsausschusses.

Bessel hofft, eines Tages auch das Kapitel „Regionaler Luftverkehr“ in der Erfolgsliste des Ausschusses abhaken zu können. Obwohl er bei dem Auftrag des Parlaments, die Verkehrsprobleme bewältigen zu helfen, die Sicht auf das Ganze – ob Schiene, Straße oder Luft – für erforderlich hält, würde ihn doch die endgültige Lösung einer Teilaufgabe besonders glücklich machen. „Ich denke dabei an die vielschichtigen Verkehrsprobleme im Ballungsraum des Ruhrgebiets. Wenn wir sie meistern, werden wir gleichzeitig die Voraussetzungen schaffen für die Lösung anderer gesellschaftlicher Probleme.“ Seine persönliche Meinung ist es, daß dies durch ein einheitlich verwaltetes Revier schneller geschehen könnte. Max Karl Feiden